

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Drei Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Bericht“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Mai 25.— M., voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifenbezogen für Postland, Porto, das Bezugsgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polen und Rumänien 69.— M., für das übrige Ausland 87.— M.

Die Jahrgangspostens Nonpareilgröße über deren Raum kostet 18.— M., einschließlich Unterhaltungsbeilagen. Klein Anzeigen: Das feilgebrachte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M., einschließlich Unterhaltungsbeilagen. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche in Klein-Anzeigen: das feilgebrachte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Verlagspreis Zentrum 153 00—453 00

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Kampf um Russlands Anerkennung

Die Konferenz von Genua kommt aus dem toten Geleis nicht mehr heraus. Es werden noch die letzten Versuche gemacht, etwas über eine Verständigung mit Russland zustande zu bringen. Frankreich und Belgien gebärden sich noch unnachgiebig, wenigstens aus ihrem Verhalten auch zu entnehmen ist, daß ihnen vor der Verantwortung gegenüber dem, was bei einem völlig ergebnislosen Auseinanderlaufen folgen würde, doch graut. Italien hat erklärt, daß es sich vorbehaltlos, Sonderverträge mit Russland abzuschließen, falls es nicht zu einer allgemeinen Verständigung kommt. Italien wird aber sicher nicht allein stehen. Es scheint aber sicher zu sein, daß die Konferenz nur noch wenige Tage dauert. Einzelne Meldungen besagen, daß morgen die letzte Vollsitzung stattfinden werde. Die Delegationen sind schon fast alle stark abgebaut. Der Streit dreht sich jetzt durchweg um die Frage, ob Russland in der Kommission, die sich mit den russischen Fragen befassen soll, Vertretung zuerkannt werden muß oder nicht. Es hört sich kurios an, über russische Fragen zu verhandeln ohne Hinzuziehung Russlands. Aber Frankreich will vorerst im günstigsten Falle zulassen, daß Russland Sachverständige entsende, die nach vorhergegangener Verständigung der Alliierten hinzugezogen werden können. Das ist die schon des öfteren beliebte Prozedur, die Hauptbeteiligten vor vollendete Tatsachen zu stellen. Damit wird man niemals wieder Ordnung, sei es auch nur kapitalistische Ordnung, in das wirtschaftliche Chaos, bringen.

Außer der russischen Fragen harri noch der große Friedenspakt der Erledigung. Wie man den ohne Verständigung mit Russland zustande bringen will, ist unerkundlich. Sicher aber ist, daß nach all dem bisher lautbar Gewordenen, der freihende Berg nur ein ganz winziges Häuslein gebären wird. Mehr wie ein Häuslein konnte es ohnehin nicht werden. Was aber jetzt günstigstenfalls herauskommt, demgegenüber wird ein Häuslein noch ein Goliath sein.

Es ist allem Anschein nach beabsichtigt, die Weiterberatung der russischen Fragen, falls es überhaupt dazu kommt, sowie überhaupt alle weiteren Beratungen über die großen europäischen Probleme nach dem Haag zu verlegen. Dort wurde bekanntlich durch die Initiative des letzten russischen Zaren ein großer Friedenspalast errichtet, der der friedlichen Beilegung internationaler Differenzen geweiht sein sollte. Unter seinem Dach ist bisher ebenso wenig wie anderswo für die Herbeiführung des Friedens etwas zutage gefördert worden. Ob es in Zukunft anders werden wird? Zu wünschen wäre. Aber wer muß dabei nicht an das Goethewort von der vernommenen Voischaft und dem mangelnden Glauben denken.

Tschitscherins Protest

(G.) Genua, 15. Mai

Seitern Nacht richtete Tschitscherin an den Präsidenten der politischen Unterkommission Schanzer folgendes Schreiben:

„Die heutigen Zeitungen veröffentlichen offiziöse Communiqués und Mitteilungen, die sich auf Besprechungen beziehungen, die gestern zwischen einzelnen Mächten stattfanden, soweit diese in der politischen Unterkommission vertreten sind. Die Besprechungen betreffen die Vorschläge der russischen Abordnung in ihrer Note vom 11. Mai. Darin war die Schaffung einer gemischten Kommission vorgeschlagen worden, die das spätere Studium der Finanzfragen vornehmen sollte. Nach diesen Mitteilungen würden die oben erwähnten Mächte im Begriffe sein, die folgenden Beschlüsse zu fassen: 1. Die Vertreter Russlands aus der Kommission auszuschließen und ihnen nur eine beratende Stimme zuerkennen, sobald dies tunlich erscheint. 2. Die Staaten, die an der Konferenz teilnehmen, zu verpflichten, keine Sonderabmachungen mit Russland zu treffen, solange die Arbeiten der Kommission anhalten. — Der Möglichkeit beruht, offizielle Mitteilungen über die Arbeiten der Unterkommission und besonders über die Beschlüsse, von denen weiter oben die Rede war, zu erlangen, steht sich die russische Abordnung angesichts des Ernstes dieser Beschlüsse verpflichtet, deren völlig unannehmbaren Charakter für Russland zu unterstreichen. Vor allem drückt die russische Abordnung ihre Ueberraschung darüber aus, daß sie nicht eingeladen wurde, ihren Standpunkt über den Vorschlag zu erklären, der in ihrer Antwort auf das Memorandum vom 2. Mai enthalten ist. Was den Inhalt der Beschlüsse selbst angeht, die man soeben zu schaffen im Begriffe steht, so muß die russische Abordnung feststellen, daß diese Beschlüsse, hatt ein Abkommen zwischen den Mächten und Russland zu erleichtern, wieder dazu führen würden, die durch die Konferenz von Genua eingeleiteten Bemühungen zwischen den Mächten und Russland auf ein Nichts herabzumindern und

das frühere Vorgehen zur Lösung des russischen Problems wiederherzustellen, ein Vorgehen, daß sich bereits nicht nur als fruchtlos sondern sogar als schädlich erwiesen hat. Der Ausschluß Russlands von den Arbeiten der Kommission würde ihr jeden objektiven Charakter und jede moralische Autorität, nicht allein in den Augen des russischen Volkes, sondern auch in der ganzen unparteiischen öffentlichen Meinung nehmen. — Als zweiten Beschluß werden die Mächte verpflichtet, keine Abmachungen mit Russland zu treffen, solange die Arbeiten der Kommission andauern werden — und dies Verbot bezieht sich nur auf politische Abmachungen. Das ist nichts weiter als eine neue verhängte Blockade, gerichtet gegen die Interessen des russischen Volkes, das in diesem Beschluß nur einen erneuten Akt der Feindseligkeit gegen seinen politischen Bestand und gegen sein Lebensinteresse erblicken muß. Ein derartiger Beschluß würde allerdings in auffallendem Widerspruch zu einem andern Vorschlag, von dem in den oben genannten Mitteilungen die Rede ist. Nach diesem Beschluß wollen die Mächte, die an der Konferenz teilnehmen, sich verpflichten, auf jeden feindseligen Akt untereinander zu verzichten. Diese Entscheidung würde aber eine Erneuerung der Politik der Feindseligkeiten gegen Russland bedeuten, die schon zwei Jahre vor der Konferenz von Genua aufgegeben worden war. Die russische Abordnung stellt erneut mit Bedauern fest, daß so oft ein Abkommen zwischen Russland und anderen Mächten vor dem Abschluß stand, einzelne dieser Staaten ihre eigenen Interessen über die Europas und des Friedens stellen. Sie suchen die gemeinsamen Anstrengungen auf ein Nichts zu reduzieren, um die Beziehungen zwischen Russland und den übrigen Staaten wieder auf den Zustand zurückzuführen, auf dem sie sich vor der Konferenz von Genua befanden. Aus einem Gefühl der Hochachtung für die Konferenz von Genua und von dem Wunsch geleitet, neue Verhandlungen zu vermeiden, die den Arbeiten der Konferenz durch eine Verlängerung einheitlich geführter Besprechungen bereitet werden müßten, Besprechungen, die keinerlei Aussicht auf Erfolg haben können, erklärt die russische Abordnung es als ihre Aufgabe, die sofortige Einberufung der politischen Kommission zu fordern, damit Russland seinen Vorschlag dort erörtern oder entwickeln kann, der die Schaffung einer gemischten Kommission ins Auge faßt. Die Einberufung der Kommission würde allen Mächten die Möglichkeit gewähren, ihre Forderung gegenüber dem russischen Vorschlag zu begründen.“

Eine zweite Neußerung der Ablehnung

(G.) Genua, 15. Mai

In einer Unterredung mit Zeitungsvertretern erklärte Tschitscherin bereits gestern, daß alle von den einladenden Mächten ausgearbeiteten Projekte wegen der Sachverständigenberatungen von den Russen abgelehnt werden müßten. Was die Alliierten vorbereiten, sei nichts anderes als eine neue Blockade. Die militärischen Interventionen gegen das revolutionäre Russland hätten zu nichts geführt; nunmehr wolle man sie durch eine diplomatische ersetzen, um Russland von dem übrigen Europa zu isolieren und es dann zum Nachgeben zu zwingen.

In bolschewistischen Kreisen erklärte man gestern abend, daß man geglaubt hatte, den französisch-belgischen Widerstand gegen den Abschluß von Abmachungen dadurch zu brechen, daß man Sonderabschlüsse mit den einzelnen Mächten, insbesondere mit England, Italien und der Tschechoslowakei treffe. Falls die Vorschläge der Alliierten, wie sie gestern ausgearbeitet wurden, angenommen würden, wäre Russland diese Möglichkeit genommen, da sich die Alliierten verpflichtet hätten, nach dem 26. Juni derartige Sonderabmachungen nicht mehr einzugehen. Bis zu diesem Tage aber wäre es kaum möglich, mit einer großen Anzahl Allierter und Neutralen zu bestimmten Abzuschließen zu gelangen. Würden die russischen Vertreter aus Genua also mit der Nachricht nach Hause kommen, daß sie weder ein allgemeines Abkommen geschlossen hätten, noch daß es ihnen gelungen wäre, mit einzelnen Mächten — außer Deutschland — Sonderverträge zu erzielen, so wäre dies der bolschewistischen Sache außerordentlich abträglich. Infolgedessen wollen die Russen alle Anstrengungen machen, um eine Sitzung der politischen Kommission herbeizuführen um bei dieser Gelegenheit ihren Standpunkt darzulegen.

Erneuter Hungerstreik in Moskau

Die Auslands-Delegation der Linken Sozial-Revolutionäre teilt uns mit, daß alle Linken Sozial-Revolutionäre, die sich in Moskau in Haft befinden, seit vier Tagen wieder in den Hungerstreik getreten sind. Der letzte Streik, der neun Tage dauerte, hat erst am 10. April 1922 geendet. Die Genossen sind sehr schwach und Kamkow, Sachowskaja, Tronowski und Majorow dem Tode nahe.

Die Auslands-Delegation der Linken Sozial-Revolutionäre hat sich an alle sozialistischen Parteien mit der Bitte um dringende Intervention gewandt. Genosse Friedrich Adler hat eine Aufforderung zur dringenden Intervention an die dritte Internationale geschickt.

Bürgerliche oder proletarische Demokratie

Von Georg Ledebour.

Unter den Argumenten, mit denen die Befürworter der rechtssozialistischen Partei ihre Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien dem Proletariat schmacht zu machen suchen, spielt eine Hauptrolle der Hinweis darauf, daß es jetzt vor allen Dingen darauf ankomme, die Demokratie zu befestigen; dazu bedürfe es des Bündnisses mit dem demokratischen Bürgertum. Daß ein von wirklich demokratischem Geist erfülltes öffentliches Leben ein großer Fortschritt gegenüber dem Zustande bürokratischer Vertikalisierung in der Vorkriegszeit sein würde, ist nicht zu bezweifeln. Höchst ansehnlich aber ist die Methode der rechtssozialistischen Partei, im Bündnis mit der Bourgeoisie die Demokratisierung Deutschlands durchzuführen zu wollen. Denn an dem, was besonders die Demokratie dem Proletariat schmacht macht, haben die bürgerlichen Parteien entweder gar kein Interesse, oder sie treten der proletarischen Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens sogar direkt feindlich entgegen.

Überflächliche Beurteilung des demokratischen Gedankens glaubt für die Demokratisierung schon das Wesentliche getan zu haben durch die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für alle erwachsenen Männer und Frauen. Das ist aber nur der äußerliche Rahmen für die Demokratisierung; leider sind wir in Deutschland noch nicht weit darüber hinausgekommen. Wir wählen zum Reichstag, zu den Landparlamenten und zu den Gemeindevertretungen aller Art auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes, aber unser ganzes Verwaltungsweisen, unsere ganze Rechtspflege ist aus der bürgerlichen Staatsperiode fast vollkommen unberührt herüberdugiert worden in die „demokratische Republik“ hinein, als welche das deutsche Staatswesen offiziell bei allen möglichen Gelegenheiten plakatiert wird. Der Geist unserer Verwaltung ist durch und durch bürokratisch und wirkt sich aus im Interesse der kapitalistisch bevorrechteten Klassen. Daran ändert nichts die Tatsache, daß einzelne Verwaltungsbeamte aus proletarischen Kreisen in die Verwaltung übernommen sind.

Und daß die Rechtspflege, womöglich in noch höherer Weise als vor dem Kriege, gegen den Geist proletarischer Demokratie sich verständigigt, das braucht hier nur angezogen zu werden. Denn nicht nur die Presse bringt Tag für Tag neue Beweise dafür, es haben diese Mißstände auch jüngst erst im Preußenparlament ihren Widerhall gefunden in den Anklagereden der proletarischen Vertreter.

Daß bei der gegenwärtigen Machtverteilung im Reich ernstlich die bessernde Hand an diese Zustände gelegt werden könnte, ist ganz aussichtslos, solange die rechtssozialistische Partei als Minderheitsgenosse in einer Koalitionsregierung sich damit begnügt, sich zum Schleppenträger kapitalistischer Machtbetätigung herzugeben.

So übel steht die Sache schon mit der Demokratisierung, wenn man sie nur unter dem Gesichtswinkel des formalen Rechts betrachtet. Aber ein wirklich demokratisches Leben im Sinne der proletarischen Demokratie, also im Interesse der arbeitenden Mehrheit des Volkes, wird sich erst dann durchsetzen, wenn ihr die wirtschaftliche Grundlage gegeben ist durch eine gründliche Sozialisierung des gesamten Wirtschaftsgetriebes.

Ein kapitalistisches Staatswesen kann nicht wahrhaft demokratisch werden bloß durch Einführung formaler demokratischer Einrichtungen. Politische Gleichberechtigung bleibt eine Illusion ohne wirtschaftliche Gleichberechtigung. Im kapitalistischen Staatswesen setzt sich die wirtschaftliche Unterdrückung und Ausbeutungsmacht der Kapitalisten schließlich immer durch gegenüber den proletarischen Massen. Gleichberechtigt sind die Massen nur auf dem Papier. Ohne Sozialismus keine wirkliche Demokratie.

Es ist erstaunlich, daß man diese Hinfälligkeit heute noch der großen Masse des organisierten Proletariats in Deutschland predigen muß, dreieinhalb Jahre nachdem das Proletariat den Beginn der Demokratisierung durch Fortjagung des Monarchen erzwungen hat.

Diese Rückständigkeit in der Betätigungsgewilltheit für die Durchführung einer längst spruchreifen Entscheidung ist ein Beweis für das Beharrungsvermögen

wirtschaftlich begründeter Machtverhältnisse und für den Einfluß, den die kapitalistische Herrscherkaste auf das Geistesleben der von ihr unterdrückten und ausgebeuteten Massen ausübt. Und dabei ist die Unvereinbarkeit demokratischer mit kapitalistischer Einrichtung keineswegs eine Erkenntnis jüngerer Zeit. Selbst im Verlauf der großen französischen Revolution, in der das Bürgertum mit Hilfe des Proletariats die feudale Gesellschaft politisch und wirtschaftlich überwand, war den klar sehenden Vorkämpfern der Demokratie bereits die Erkenntnis aufgegangen, daß die errungene politische Gleichberechtigung weissenlos bleiben würde, solange ihr nicht die Durchführung auch der wirtschaftlichen Gleichberechtigung Halt gegeben habe. Auch damals schon haben heilsüchtige Revolutionäre diesem Grundgedanken der proletarischen Demokratie Ausdruck verliehen. So schrieb am 15. Dezember 1792 nach dem Sturz des Königtums und der Begründung der demokratischen Republik der Konventsdeputierte Julien in einem Briefe an seinen Sohn folgende, auch für die Klassenbewußten Proletarier heute noch beherzigenswerten Worte:

„Der große Fehler unseres Gesellschaftszustandes (und er ist vielleicht unheilbar) kommt von der wider natürlichen Ungleichheit der Vermögen. Die Reichen merken wohl, daß dieser Zustand in einer demokratischen Republik nicht von langer Dauer sein könnte; da hast Du den Grund, warum ihr Egoismus so heftig gegen ein Regierungssystem gereizt ist, das sie früher oder später eines Teils ihres Vermögens berauben muß. Sie können sich nicht verhehlen, daß die arbeitende und ärmste Klasse die zahlreichste ist und also einen großen Anteil an der Ausübung der Souveränität haben muß und daß sie davon zur Verbesserung ihres Loses Gebrauch machen wird. Wären alle, die mehr als das Notwendige besitzen, gerecht und gut, so würden sie sich beeilen, zugunsten ihrer schlecht gestellten Brüder Opfer zu bringen, und würden so großem Unglück zuvorkommen. Aber da haben wir die Klippe der modernen Philosophie! Wohl hat sie die Gleichheit der Rechte aufgestellt; aber sie will die ungeheure Ungleichheit der Vermögen aufrechterhalten, die den Armen auf Gnade und Ungnade dem Reichen ausliefert und diesen letzteren zum Richter macht über all seine Rechte, weil er ihm das Recht der Existenz rauben kann. Es wird nicht so bleiben, oder die Tyrannie wird wieder erstehen. Soll die Republik sich halten, so ist unumgänglich, daß den ärmsten Bürgern ein sorgenloses Leben vermittelt ihrer Arbeit gewährleistet sei und daß die, die nicht imstande sind, zu arbeiten, auf Kosten des öffentlichen Vermögens ernährt und erhalten werden.“

Das Grundübel einer demokratischen Republik auf kapitalistischer Basis hat Julien also vor 130 Jahren bereits richtig erkannt. Die nebenbei von ihm vorgeschlagenen Heilmittel, die an das Wohlwollen der bevorrechteten Klasse appellieren, sind natürlich unbrauchbar. Das hat ein Jahrhundert bitterer Erfahrungen dem Klassenbewußten Proletariat bereits vollkommen klar gemacht. Seine entschlossensten Vorkämpfer haben erkannt, daß es die wirkliche Demokratie, das heißt die Machttausübung in Staat und Gesellschaft auf der Grundlage der vollen, auch der wirtschaftlichen Gleichberechtigung aller Männer und Frauen nur durch den proletarischen Klassenkampf verwirklichen kann. Aber bezeichnend für die Zustände in der heutigen sogenannten „demokratischen Republik“, genannt „Deutsches Reich“, ist es, daß wir auf jenes Zeugnis aus der bürgerlichen französischen Revolution zurückgreifen können, wenn wir selbst der Masse des

heute bei uns organisierten Klassenbewußten Proletariats es begreiflich machen wollen, daß formale demokratische Einrichtungen völlig ungenügend sind, um das Ideal des demokratischen Sozialismus durchzuführen, zu dem jene Proletariermassen sich bekennen, ohne leider ihr Stippenbekenntnis auf ihre Betätigung entscheidend einwirken zu lassen.

So bringt uns denn auch diese Erwägung wieder dazu, dem deutschen Proletariat zuzurufen: „Schleht euch zusammen zum Kampf gegen den Kapitalismus, gegen die kapitalistischen Parteien für die proletarische Demokratie!“

„Die Kampagne der Tintenfische“

Helmuth von Gerlach nimmt in der „Welt am Montag“ Stellung zu dem neuesten Standartenstück der Münchener Justiz. Er nennt die Verhandlungen aus Anlaß der Verleumdungsklagen des Genossen Fehrenbach eine Kampagne der Tintenfische.

„Der lebende Fehrenbach“ schreibt Gerlach, „muß für den toten Eisner büßen, dessen Sekretär er war. Kurt Eisner, der sich ja dank der Heldentat des Grafen Arco nicht mehr verzeihen konnte, wurde als Hälsscher abgestemmt. Der Eisner wirklich gefasst hat, lächelt wehmütig über diesen insamerikanischen Vorwurf. Dieser große Eihiker war einer politischen Torheit, aber keiner politischen Gemeinheit fähig. Die, die heute am lautesten über Eisners Fälschung jektieren, würden wie von der Tarantel gestochen aufschreien, wenn man Bismarck einen Fälscher nennen würde. Und doch hat Bismarck die Emscher Depesche, die den Siebziger Krieg herbeiführte, so umredigiert, daß sie, wie er selbst sich später rühmte, aus einer Schamade zu der Fransare wurde, die Frankreich zum Kriege zwingen sollte. Bismarcks Redaktion verfaßte den Sinn der Emscher Depesche, Eisners Redaktion ließ den Hauptinhalt des Schoenschen Berichts unberührt. Und Eisner gab zudem sofort an, daß er Änderungen vorgenommen habe, während Bismarck mit diesem Eingeständnis ein paar Jahrzehnte zurückhielt.“

Gerlach erinnert an den vom 9. Dezember 1914 datierten Brief des Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling, in dem letzterer aufgefordert wird, entgegen den Tatsachen auf alle Fälle zu bestehen, daß er den Inhalt des Krieg provozierenden österreichischen Ultimatums an Serbien vor der Ueberreichung gefasst hat und schließt seinen Artikel:

„Also die deutsche Regierung erlaube die österreichisch-ungarischen jedes Vorworts gegen Serbien in vollem Bewußtsein, daß dadurch auch Rußland und Deutschland auf den Plan gezogen werden könnten, d. h., daß dadurch der Weltkrieg entfesselt würde. Die deutsche Regierung hat nicht den Weltkrieg, so wie er kam, gewollt. So idiotisch war sie doch nicht. Aber sie hat ihn riskiert. Sie gab Wien die Erlaubnis zum Kriege gegen Serbien auf die Gefahr hin, daß dadurch ein Weltkrieg entfesselt würde. Sie hatte nicht den dolus, wohl aber den dolus eventualis. Ihre Schuld ist freventliche Leichtfertigkeit. Das alles ist längst sonnenklar auf Grund des amtlichen Aktienmaterials. Aber weil so unendlich viel Leute bei uns die deutsche Regierung von 1914 zu weis und vielleicht ebenso viel im Ausland sie zu schwarz sehen, darum verlangen die deutschen Pazifisten so gut wie die französischen und englischen, eine internationale unparteiische Untersuchungskommission über die Schuldfrage.“

In München ist gerade so Tendenzarbeit geleistet worden, wie in Versailles. Wir appellieren von dem Nationalismus haben und drängen an die objektive Wahrheitsliebe des Volls.“

Die Hoffnung auf die unparteiische internationale Untersuchungskommission ist natürlich auch eine Illusion. In Kriegsangelegenheiten dekretiert Macht in noch weit höherem Maße das „Recht“, als die Klassenverhältnisse in innerstaatlichen Angelegenheiten. Das wird so lange so bleiben, als die Produktion auf Ausbeutung begründet ist, weil der Ausbeutung des Kapitals sich nicht mit der Ausbeutung der Besitzlosen des eigenen Landes begnügt, sondern auch ganze Länder, je nach seiner Macht, sich tribut-

pflichtig macht. Aber was Gerlach im übrigen in den vorzitierten Worten sagt, trifft den Nagel auf den Kopf. Nur kann es die kaiserliche Regierung in keiner Weise entschuldigen, wenn Gerlach ihr angute hält, sie habe nicht die böse Absicht (dolus) gehabt, und deshalb habe sie nur freventliche Leichtfertigkeit begangen. Wo man die Existenz und das Leben von Millionen Menschen freventlich aufs Spiel setzt, wird auch die Leichtfertigkeit zum schuldigsten Verbrechen, daß irgendwie mildern zu wollen, schroffe Zurückweisung erfahren muß.

Noch ein Dolchstoß gegen die „Herosen“ Ludendorff und Hindenburg

Oberleutnant Niemann hat Erinnerungen über die Ereignisse im Großen Hauptquartier herausgegeben, die sich dort bei Ende des Krieges abspielten. Sie bilden einen neuen Beweis der Kurzsichtigkeit der Vögel, nicht die militärische Unfähigkeit der Hindenburg und Ludendorff, sondern der „Dolchstoß in den Rücken des Heeres“ hatte das grenzenlose Unglück über das deutsche Volk gebracht. Oberleutnant Niemann schreibt:

„Ich traf gegen 9 Uhr früh auf der Treppe im Hotel Britannique General v. Bartenwerffer.“

„Der Würfel ist gefallen, wir wenden unseren Feinden Waffenstillstand und Frieden anbieten.“

„Waffenstillstand?“

„Ich glaube mich verfehrt zu haben.“

„Ja, Waffenstillstand! Unsere Lage verzagt kein längeres Hinhalten. Der Feldmarschall und General Ludendorff sind unabhängig voneinander zur Ueberzeugung gekommen, daß keine Stunde mehr verloren werden darf.“

Der General eilte hinweg; er war zum Ersten Generalquartiermeister befohlen. Das, was ich im Laufe des Tages erfuhr, deutete auf heillose Verwirrung. Die militärische Artie hatte auch eine akute politische erzeugt. Beide sollten gleichzeitig gelöst werden. Als ich zur Abendtafel ins kaiserliche Quartier kam, fand ich stille Resignation, die aber von einer unverkennbaren Mißstimmung gegen General Ludendorff begleitet war. Herr v. Lersner erzählte mir, die Deeresleitung habe den Waffenstillstand in einer Form gefordert, die einer Kapitulation gleichkäme.“

So haben Hindenburg und Ludendorff, die da glaubten, die halbe Welt schon in der Tasche zu haben, ohne jede Rücksicht auf die Folgen ihrer unverantwortlichen und politischen Diktatur und Abschächtung auch der letzten Reserven sich erst dazu bequemt, nach Frieden zu suchen, als es zu spät war. Erst als Deutschland keine von siegesgewissen Ententemilitärs gefährdeten Kräfte mehr aufzubieten hatte, gab es klein bei. Kein Wunder, daß die Ententemilitärs, die durch das Waffenstillstandsangebot ihre schönen Träume der nahe bevorstehenden vollständigen Ueberrennung Deutschlands dahinschwinden sahen, nun Bedingungen stellten, die der vollständigen Entmannung gleichkamen. Die Waffenstillstandsbedingungen entsprachen den Friedensbedingungen. Es waren die Bedingungen machitrunkener Militärs. Sie lassen sich zwar nicht durchführen, aber vorerst haben sie die ganze Welt aus den Augen gebracht. Daß das möglich war, dafür sind die Hindenburg und Ludendorff und alle, die nach ihrer Pfeife und an ihrer Strippe tanzten, verantwortlich zu machen. Und die Stunde des Gerichts wird nicht ausbleiben.

Germes in Paris. Reichsminister Dr. Hermes hat heute nachmittag dem Vorsitzenden der Reparationskommission, dem französischen Delegierten Louis Dubois, einen Besuch abgeleistet. Die sachliche Beratung mit den Mitgliedern der Reparationskommission soll am Freitag vormittag beginnen.

Frankreich und Albanien. Die französische Regierung hat wie der „Temp“ mitteilt, ihren Konsul in Skutari als Geschäftsträger akkreditiert und damit die diplomatischen Beziehungen zu Albanien wieder aufgenommen.

Kabinettsbildung in Griechenland. Sunaris, der dem Könige die Demission des Kabinetts überreicht hatte, ist von dem Könige wieder mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt worden.

Die Parabel von den Kartoffeln

Von Sosed, dem Weisen

Zur Hintertür des Hauses, worin ich wohnte, kam ein Landmann und er sagte mir: „Ich möchte dir sehr gerne einen Scheffel Kartoffeln verkaufen!“

Und ich sagte ihm: „Und wenn ich reich wäre wie der reiche Mann des Evangeliums — wie könnte ich dir bei den heutigen Marktpreisen einen Scheffel Kartoffeln abkaufen?“

Und er antwortete und sagte: „Und wenn du arm wärest wie Lazarus, so könntest du doch einen Scheffel Kartoffeln zu dem Preise kaufen, zu dem ich verkaufe — denn ich verkaufe tief unter dem Marktpreis!“

Und er zeigte mir die Kartoffeln, und siehe, sie waren sehr groß und schön anzusehen.

Und ich rief Returab, mein Weib, und sie zählte unser Geld im Schrank nach, und siehe, wir hatten genug, und es war gerade fast alles, was wir hatten.

Und wir kauften also einen Scheffel Kartoffeln.

Und wir waren stolzen Herzens und hochgehobenen Geistes. Nicht einmal unsere Nachbarn hatten etwas vor uns voraus, obgleich sie in Automobilen fuhren.

Doch als wir die oberste Schicht der Kartoffeln im Korbe weggenommen hatten, siehe, da lagen so kleine Kartoffeln darunter, daß wir nicht genau wußten, ob es Kartoffeln oder Haselnüsse wären; doch als wir sie dann aßen, da wußten wir, daß es keine Haselnüsse waren; aber ob es Kartoffeln seien, das wußten wir noch immer nicht. Denn sie waren zu klein, um einen Geschmack im Munde zu hinterlassen.

Darauf sprach Returab zu mir und sie sagte: „Mein Gemahl!“

Und ich antwortete: „Sprich!“

Und sie sagte: „Obgleich wir lange gelebt haben, lernen wir doch nur sehr langsam!“

Und ich antwortete: „Du sprichst zuseiten weise — und dies ist eine von diesen Zeiten!“

Und sie sagte: „Hieraus will ich für die Zukunft lernen, daß, wenn ihr Preis klein ist, die Kartoffeln dazu neigen, noch kleiner zu sein!“

Und ich sprach zu ihr und sagte: „Returab, du hast eine tiefe Wahrheit ausgesprochen! Denn der Mensch kann von den guten Dingen dieses Lebens, die nichts kosten, keine empfangen außer Sonnenschein und die Gnade Gottes. Für

alle übrigen aber gilt: Was sie an Mühsal gekostet haben, das auch ist ihr Preis!“

Uebersetzt von Max Gabel.

Ein Verlagsjubiläum. Der Verlag Ernst Wasmuth in Berlin hat das Jubiläum des 50jährigen Bestehens den Freunden und Mitarbeitern in einer Form zur Kenntnis gebracht, die seinen hohen künstlerischen Ehrgeiz beweist: nämlich nicht durch Jubelhymnen und Reklamegeschrä, sondern durch stillschweigende Uebergabe eines wundervollen Bandes „Architekturzeichnungen“, der, in seiner Auflage gedruckt, eine Widmung an die Mitarbeiter und Freunde trägt. Der Band repräsentiert das besondere Arbeitsgebiet des Verlages, die Architektur in allen ihren Disziplinen, sehr gründlich und bekundet die große Sorgfalt, die er von jeher auf musterartige Reproduktionen gelegt hat. (Die Auswahl der 36 Zeichnungen, beginnend mit einigen amerikanischen Reliefs, endend bei Schinkel, besornte Helmuth Th. Bossert.) Der kurze geschichtliche Abriss, den Günther Wasmuth für einen kleinen Katalog der 50jährigen Verlagsarbeit schrieb, ist in seiner Schlichtheit und dem Fehlen jeder Aufschwellerei sehr sympathisch. Die Verdienste des Verlages kennt freilich jeder, der für Architektur Interesse hat. Eine nicht geringe Reihe vorbildlicher Publikationen aller Art werden ihm verdankt (Konstantinow, Persien, Spanien). Nicht mindere Aufmerksamkeit bewies der Verlag dem modernen Schaffen (Wessel, Othrich, Elend, Brigh). Die wichtigsten, ja führenden Zeitschriften, „Der Städtebau“ und die „Monatsschrift für Baukunst“, erscheinen bei Wasmuth, und in letzter Zeit begann er die Herausgabe der „Orbis-Pictus-Reihe“, die in vorzüglich illustrierten Einzelbänden das ganze künstlerische Schaffen der Erde umfaßt wird, eine Art Reclamischer Universal-Bibliothek für die bildende Kunst. Es seien hier die zuletzt erschienenen Bände angesetzt: „Mexikanische Kunst“ (Walter Lehmann, dessen Vorwort freilich nur für Leute verständlich ist, die sich bereits 10 Jahre mit mexikanischer Kunst beschäftigt), „Afrikanische Kunst“ (Carl Finckel), „Die Kunst der Heititer“ (Otto Weber) und „Archaische Plastik der Griechen“ (von Uffall). Unsere Arbeiterbibliotheken werden diese Reihe mit Interesse verfolgen. Wir wünschen dem mutigen Verlage für seine weitere Arbeit Glück und Erfolge!

Von prähistorischer Chronologie schreibt Dr. H. Heim im „Kosmos“. Seine Ausführungen geben uns jene alten Kulturreste zurück, deren nähere Erforschung erst in der jüngsten Zeit möglich geworden ist. Eines der berühmtesten der Chronologie dienenden Bauwerke ist jenes in der englischen Graf-

schaft Wiltshire gelegene Stonehenge (Steingehang). Dieses Bauwerk von etwa 30 Meter Durchmesser ist vollständig zu einer Linie gebaut, die nach dem Aufgangspunkt der Sonne am längsten Tag zeigt. Da diese Richtung sich im Laufe der Zeiten ein wenig verändert, ließ sich aus der Abweichung der Linie gegen die heutige Richtung die Entstehungszeit etwa in das 18. Jahrhundert v. Chr. verlegen.

Das Bauwerk besteht aus fünf gewaltigen Doppelsteuern, dreifach durch Gebälk verbundenen Außensteinern, einem Kreis von siebenundvierzig Steinen und einer inneren Hufeisenform von siebenzehn Steinen.

Heine erklärt diese Anordnung zum Zweck der Bestimmung der Mondfinsternisse, so daß Stonehenge so etwas wie ein ewiger Mondfinsterniskalender war. Die Mondfinsternisse sind an eine Periode gebunden. Deshalb ist auch die Berechnung von Mondumläufen, sogenannte innadische Monate von 29 1/2 Tagen, gemessen von einem Vollmond zum andern. Nach solchen Monaten rechnen alle Naturvölker. Und tatsächlich entsprechen dem auch die Steingebäudeverhältnisse, die sich aus der Anordnung des Stonehenge-Bauwerks ergeben. Außerhalb der zu dieser Berechnung gehörenden Steine steht jedoch noch der Kreis der eben erwähnten 47. Diese aber dürften einer anderen, nämlich der Jahres- oder Sonnenberechnung gedient haben. Das Stonehenge auch zur Sonne in Beziehung steht, zeigt ja schon die genannte Richtung seiner Achse nach dem Sommerwendepunkt an. Sonnenjahr und Mondumlauf miteinander in Beziehung zu bringen, war seit ältesten Zeiten das Sinnen aller Kalendarmacher. Eine Möglichkeit hierzu bietet die Tatsache, daß alle 19 Jahre der Vollmond wieder auf denselben Jahrestag fällt. Also wenn z. B. ein Vollmond auf Sonnenwendtag fällt, so ist das nach 19 Jahren wieder der Fall. Nun sind 19 Jahre gleich 235 Mondumläufen. 235 = 5 x 47 — Man hatte also nur nötig, den Kreis von 47 Steinen fünfmal durchzuzählen, um diese 19-Jahre-Periode zu bestimmen.

Der für die menschliche Wirtschaft“ schließt Dr. Heim, ungleich wichtigere Sonnenkalender war wahrscheinlich die in derselben Gegend besetzte Steinsetzung von Avebury. Ihre größere Bedeutung kennzeichnet sich schon in ihren wenigen Abmessungen; der Durchmesser beträgt 400 Meter. Das heute fast verschwundene Werk erlaute in einfacher Weise eine Jahresrechnung, die nur alle acht Jahre einen Schalttag nötig machte. Eine solche Jahresrechnung, die nur alle acht Jahre einen Schalttag braucht, würde z. B. die Schaltmethode der alten Babylonier weit überragen haben.“

Die Teuerungswelle

Die Bewegung der Großhandelspreise steht nach einer Meldung des Wolffschen Bureaus im April noch unter der Auswirkung des Ende März erreichten Höchststandes. Obwohl die Preise vor allem der bürsenschaftlichen Waren bei gleichzeitiger Höherbewertung der gehandelten Waren zurückgingen, wurde das Preisniveau durch dieses erste Abdröckeln noch nicht wieder auf den Stand für den Durchschnitt des Vormonats gesenkt. Außerdem wurde die Abwärtsbewegung bereits gegen Ende des Monats im Anschluß an die abermalige Minderbewertung der März wieder von einem Ansteigen der Großhandelspreise abgelöst. Dazu kommt, daß bei den für korporativen Preisfestsetzung unterliegenden Waren, wie Kohle und Eisen, die von anderen Warengruppen bereits Ende März überwundene Preishöhe erst im April zur vollen Auswirkung gelangt. Das Preisniveau der Rohstoffe geht daher im Durchschnitt des Berichtmonats noch weit über das des Vormonats hinaus, und zwar wurde die Großhandelsindexziffer im Durchschnitt des Monats April auf 6355 gegen 6343 im Durchschnitt des Monats März ermittelt. Für die einzelnen Warengruppen ergeben sich ebenfalls durchweg zum Teil beträchtlich höhere Ziffern als im Vormonat, und zwar stiegen Getreide und Kartoffeln von 5454 auf 6160, Gette, Zucker, Fleisch und Fisch von 4251 auf 5040, Kolonialwaren von 7084 auf 8708, Lebensmittel zusammen von 5373 auf 6088; ferner Häute und Leder von 6612 auf 6967, Textilien von 8490 auf 9005, Metalle von 5868 auf 6378, Kohle und Eisen von 4025 auf 6241, Industriestoffe zusammen von 6547 auf 6868, die vorwiegend im Inlande erzeugten Waren (Getreide, Gette, Zucker, Fisch, Fleisch, Kohle und Eisen), von 5027 auf 5985, die Einfuhrwaren von 7493 auf 8203. Der Dollarkurs stieg im Durchschnitt des Monats April gegen März um 2,4 v. H. Die Eigenart der Preisbewegung im April wird dadurch beleuchtet, daß sich das Niveau der Einfuhrwaren nur um 0,9 v. H. hob, während die vorwiegend im Inlande erzeugten Waren um 10,1 v. H. emporschnellten. Von den Warengruppen stehen Kohle und Eisen mit einer Preissteigerung von 31,9 v. H. bei weitem an erster Stelle. Die Gesamtindexziffer ist gegen den Vormonat um 17 v. H. gestiegen.

Alle müssen abgemurkelt werden

Warum auch nicht! Als Herr Debius zur Ermordung G. v. Gerlach's und anderer Passagiere aufforderte, ward er von einer Berliner Strafkammer zu der lächerlich geringen Strafe von 1000 M. Geldbuße verurteilt. Mit Recht zog Debius darauf den Schluß, daß deutsche Gerichte die Aufforderung zur Beseitigung „nationaler“ Kräfte nicht ganz unbedeutend betrachten. Aus dieser Erkenntnis schreibt er nunmehr in Nr. 10 seines „Nationaldemokraten“:

„... hierbei darf man nicht vergessen, daß es in Deutschland eine Franzosenpartei gibt; die U.S.P.D. mit ihrem positivsten Schwänze, dem „Bund Neues Vaterland“... Die Führer der U.S.P.D. sind zum größten Teil Agenten Frankreichs. Sobald sich die Lage zuspitzt, müssen deshalb alle diese Verräter ohne Bögern und falsches Mittel unschädlich gemacht werden. Wenn bei dieser Gelegenheit Blut fließen sollte, so spielt das gar keine Rolle.“

Daß Debius unsere Partei beschimpft, berührt uns nicht weiter. Denn sein „Bund“ wie er hat Schimpffreiheit. Aber wissen möchten wir, was der Staatsanwalt unternehmen würde, wenn ein Blatt a. D. zur Beseitigung aller Richter und Staatsanwälte auffordern würde.

Ungleiches Maß

Das ist der Fluch, der aus der Verwendung von Spiegeln resultiert, daß man nicht in der Lage ist, das auf diesem Wege zugegangene Material amtlich zu verwerten.“ So der Reichswehrminister Dr. Geyer in einem Interview, das er einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“ gewährte. Natürlich ruht der Fluch nur auf den Spiegeln, die die Entente mit falschen oder richtigen Berichten bedienten. Wenn aber die deutsche Regierung, die das Spiegelspiel vor und nach dem Kriege geradezu kultiviert und zu einem Teil ihres Bestandes gemacht hat, wenn gerade die Reichswehr ganze Spiegelformationen aufweist, wenn Seering und Weismann mit einer Armee von Spiegeln arbeiten, die das Fälschen nicht minder gut verstehen als der Spiegel Anspach, dann natürlich ruht darauf nicht der Fluch, sondern der Segen. Wie alles Bekannte, Niederträchtige und Gemeine, was in Deutschland offiziell geschieht, gut und erhaben ist.

Die Geschäftsfrage des Reichstages

Der Reichstag beschloß am Sonnabend mit der Reichstagsfrage des Reichstages. Für die Tagung der nächsten Woche wird eine Verlängerung der Tagung festgesetzt, und zwar für die Ausschüsse von 9 bis 11 Uhr, für das Plenum von 11 bis 7 Uhr. Dadurch soll die beschleunigte Fertigstellung des Glais erreicht werden. Außerdem hofft man, Zeit zu gewinnen für eine größere politische Debatte über die finanzielle Konterena.

Ein Antrag der Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokraten, den einseitigen Gesetzentwurf zur Hebung des Einkommens neuer zugezogene baldmöglichst zu verhandeln, wurde von der Mehrheit abgelehnt mit der folgenden Begründung, man befürchte einen außenpolitisch schädlichen Eindruck, wenn über Steuererhöhungen verhandelt würde.

Einer Einladung an den Reichstag zur Gewerbeschau nach München, bedingten einer solchen aus Oberammergau, soll in den Plankommissionen über nach Abschluß der Sommerferien folgende Bescheid werden. — Der Präsident rechnet mit einer Tagungsdauer bis etwa drei Wochen nach Pfingsten.

Der Zug der amerikanischen Industrie nach dem Westen

Die amerikanische Industrie bewegt sich langsam und stetig von der Gegend ihres Ursprungs, den atlantischen Staaten, westwärts, d. h. nicht gleich nach der Westküste, sondern nach dem weiten Innern, näher den Gegenden zu, wo die Kohle- und Brennstoffe in ihrer großen Masse lagern bzw. erzeugt werden. Welches Ausmaß diese Bewegung bereits erreicht hat, zeigt die Feststellung, daß im Jahre 1900, dem letzten Zensusjahr, nicht einmal mehr die Hälfte aller Industriearbeiter der Union in den atlantischen Staaten von Maine im Norden, bis Florida im Süden, hergeleitet wurden, gegen noch mehr als zwei Drittel vor einem halben Jahrhundert. Im einzelnen ist diese Entwicklung oder Verschiebung — je nachdem, wie man diese Veränderung ansehen will — wie folgt vor sich gegangen: nach dem Zensus von 1870 lieferten die nördlichen atlantischen Staaten 68 Prozent der Industriearbeiter des Landes, 1880 betrug ihr Anteil 64 Prozent, 1900 56 Prozent und nach dem Zensus von 1900 nur mehr 49,7 Prozent. Die Gesamtbevölkerung der Industriestaaten der Atlantikstaaten war 1820 ihrem Werte

nach einmal so groß wie vor 50 Jahren, während die Erzeugung in den übrigen Bundesstaaten zwanzigmal so groß war als im Jahre 1870.

Die Westwärtsbewegung der Industrie ist vor allen Dingen dem Mississippi-Tal zugute gekommen, in ihm ist die meiste Baumwolle und Wolle, das meiste Eisen, Kupfer, Blei und Zink hervorgebracht worden, wie es auch die zur Verarbeitung dieser Rohstoffe benötigten Brennstoffe in größter Menge birgt und fördert. Die Süd-Staaten, die jetzt ihre Baumwolle, ihr Eisen und Holz mit Hilfe eigener Brennstoffe in Endprodukte umwandeln können, haben ebenfalls ein starkes Wachstum ihrer Industrie aufzuweisen; am fabelhaftesten ist vielleicht der industrielle Aufschwung Kaliforniens, das vor allem durch seine Indusierzeugung und die Verarbeitung von Früchten und Gemüsen zu Konserven den Wert seiner industriellen Produktion, unter der die amerikanischen Statistiken die Konservenherstellung mitverstehen, von einer viertel Milliarde im Jahre 1900 auf zwei Milliarden im Jahre 1920 zu steigern vermocht hat.

Räuberunwesen in Oberschlesien

Oberschlesien wird gegenwärtig von einer Räuberbande heimgesucht. Sie wird verschiedenen Meldungen zufolge auf 200 Mann geschätzt. Sie hat bereits regelrechte Feuergefechte mit Gemeindefrieden, besonders mit der Gemeindefriede in Antonienhütte, geführt. Maschinengewehre und andere Waffen sind in ihrem Besitz. Sie war in Antonienhütte so „hegegrisch“, daß sie die dortigen Kaufleute zwingen konnte, Beiträge von 800 bis 1000 M. auszuliefern, wodurch den Räubern etwa 35 000 M. in die Hände fielen. Auch in Bülkowitz wurde die Gemeindefriede kampfunfähig gemacht und Plünderungen unternommen.

Sollte es sich bei der militärischen Bewaffnung dieser Bande, die jetzt ganze Ortschaften in Angst und Schrecken setzt, nicht um Gruppen der berühmtesten ober-schlesischen Freikorps handeln, die jetzt nicht recht wissen, was sie zur „Reinigung des Vaterlandes“ unternehmen sollen und daher „ein bißchen“ Krieg und Plünderung auf eigene Faust machen?

Große Brandkatastrophe im Kreise Unklam

Von unserem Sonderberichterstatter.

Seit Sonnabend, den 6. Mai, sind im Kreise Unklam fünf Brände entstanden. Da in fast allen Dörfern des Kreises die Häuser mit Stroh gedeckt sind, breiten sich Brände bei entsprechender Windrichtung oft schnell aus und legen unter Umständen ganze Dörfer in kurzer Zeit in Asche. In Iken brannten am Sonnabend die Häuser von fünf Arbeiterfamilien nieder; außerdem im Gutshof ein Düngehaas. Das Feuer entstand beim Kochen des Mittagessens. Die dort weilenden politischen Flüchtlinge erhielten von der Subverwaltung Hülfsverpflegung, denen, in Brand gesetzt, Familien einfließen, die auf ein Strohhaas flohen und dieses in Brand setzten. An Vieh und Hausgerät konnte einiges gerettet werden. Am Mittwoch, den 10. Mai, vormittags, brannten in der Ortschaft Buchrow der Gutshof und zwei Wohnhäuser ab. Hoff der gesamte Viehbestand kam in den Flammen um. Die Nähe der Arbeiter konnten gerettet werden. Am gleichen Tage mittags legte ein Brand im Dorfe Wulfen sechs Bauernhöfe und den Gutshof in Asche. Das Vieh konnte zum größten Teil gerettet werden. Zu gleicher Zeit brannten auf Kusbau Vornmühl ein Wohnhaus nieder, in dem zwei Arbeiterfamilien wohnten. Einiges Hausgerät konnte den Flammen entzogen werden. Am Nachmittag desselben Tages wurden im Dorfe Schwand die Schneidemühle, ein Geschäft und zwei Wohnhäuser ein Raub der Flammen. Das Feuer entstand durch Funkenflug aus dem Schornstein der Schneidemühle.

Von deutschnationaler Seite wird von der Tätigkeit „kommunistischer Brandkommandos“ gesprochen. Sie glauben auf diese Weise politische Geschäfte machen zu können. Das kennzeichnet so recht die Skrupellosigkeit der Herrschaften von Besitz und Bildung.

Streikbewegung in Italien

In der Mailänder Metallindustrie finden Verhandlungen über Lohnverminderungen statt. Die Vertreter der Arbeitnehmer prüfen gegenwärtig die Vorschläge der Unternehmer und werden in den nächsten Tagen Antwort erteilen. Der Streik der Bauarbeiter dauert fort. Die Eisenbahner Mailands traten gestern zusammen, um zu dem Vorgehen der Regierung gegen die an der Feier des 1. Mai beteiligten Eisenbahner Stellung zu nehmen. Die Eisenbahner kündigen Maßregeln an, um ihr Recht auf Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe zu verteidigen.

Die Straßenbahner Roms drohen Sonntag in den Streik zu treten. Der Streik der Metallarbeiter von Torrazzo wurde am fünften Tage erfolgreich beendet. Die von den Unternehmern geforderte Lohnverminderung wird nicht durchgeführt werden.

Der von den katholischen Landarbeitern von Torrazzo vor 14 Tagen proklamierte Streik hat bezüglich an Ausdehnung gewonnen, da sich auch die sozialistischen Landarbeiter bereit erklärten, am 14. Mai in den Streik zu treten.

Italien und Rußland

(G.) Genua, 14. Mai

Schanzer hat im politischen Unterhaushaus erklärt, daß Italien auch zum Abschluß eines politischen Sonderabkommens mit Rußland entschlossen sei, wenn die zu ernennende gemischte Sachverständigen-Kommission ihre Arbeiten in drei Monaten nicht zum Abschluß bringt. Die italienische Delegation wolle mit ihrer Warnung verhindern, daß die Ernennung der Sachverständigen-Kommission für Rußland nur als Vorwand für Aufschub der Konferenz diene. Es seien jetzt noch verschiedene Einzelheiten zu bestimmen, nachdem die Einigung für die Fortsetzung der Verhandlungen mit Rußland durch die Sachverständigen-Kommission angebahnt sei, nämlich die Zusammenfassung und Befugnisse, Ort und Zeit der Zusammenkunft der Sachverständigen-Kommission. Auch müsse bestimmt werden, ob die Schlußfolgerungen der Kommission die Regierungen verpflichten, oder ob sie nur den Wert eines Vorschlaues haben wie die Entschlüsse der Sachverständigen. Der Endkampf der Konferenz bestehe wiederum in einem französisch-englischen Duell, indem Frankreich die Tätigkeit der gemischten Kommission möglicherweise sabotiert und sie von vornherein machtlos gehalten möchte, während Italien und England sie so wirkungsvoll wie nur möglich arbeiten lassen wollen.

Wozu das geheime Funktionäre auf ist! In Genua wurde ein privater Kaufmanns-Aparat beschlagnahmt. Er diente zum Abheben von Abriefen - Nachrichten aus dem Lande! Diese Nachrichten wurden den Bankfirmen gegen hohen Gewinn zur Verfügung gestellt!

Groß-Berlin

Elternbeiratswahlen

Wichtig für alle Funktionäre und Wahlarbeiter.

1. Kandidaten-Vorschlässe für Flugblätter Stimmzettel werden nur gegen Ausweis an den Wahlausschuß des Bezirks abgegeben durch die U.S.P.D.-Obmannen und politischen Leitern bekannten Stellen. Nötigenfalls Anfrage Breite Straße 8/9 (Tel. Zentr. 15230/30 Büro Schenk).

2. Für die Kandidaten-Liste (beim Wahlvorstand der Schule bis spätestens 18. Mai einzureichen) dürfen nur die vom Aktions-Ausschuß herausgegebenen Formulare mit dem Einheitskopf benutzt werden.

3. Flugblattverteilung erfolgt auf Grund der Wahlergebnisse vom 22. Mai ab in den Häusern.

4. Stimmzettel werden nur am Wahltag vor dem Wahllokal verteilt.

5. Alle Beschwerden über Wahlvorkommnisse usw. an Aktions-Ausschuß der SPD., U.S.P.D. und R.P.D.-Elternbeiräte, Breite Str. 8/9 (Tel. Zentr. 15230/30 Büro Schenk).

6. Für die Einladungen zu den Wahlversammlungen müssen die Bezirke selbst durch einfache Plakattierung oder Handzettel Sorge tragen.

7. Für Anzeige jeder Wahlversammlung in den drei Arbeiterblättern ist rechtzeitige Sorge zu tragen.

Aktions-Ausschuß der SPD., U.S.P.D. und R.P.D. Elternbeiräte Groß-Berlin.

Der Untergang der „Storkow“ vor Gericht

Am Sonnabend begann vor der Potsdamer Strafkammer der Prozeß gegen den Schiffsführer Wilhelm Riehmann und den Steuermann Wilhelm Goldmann vom Dampfer „Kaiser Wilhelm“ der Sterngesellschaft, der bekanntlich am Sonntag, den 30. Oktober 1921, dem Sternedampfer „Storkow“ rampte, so daß dieser in ganz kurzer Zeit unterging. Diese Schiffskatastrophe kostete neun Menschen das Leben. Es wird behauptet, daß die Angeklagten in großer Fahrlässigkeit ihre Pflicht vernachlässigt haben. Die einige Augen schlossen konnten, sind die beiden Angeklagten hart angeurteilt worden. Außerdem soll der Dampfer „Kaiser Wilhelm“ keine erleuchteten Positionslaternen geführt haben und das Rettungsgerät an Bord sehr mangelhaft gewesen sein.

Der Schiffsführer Wilhelm Riehmann ist wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Verletzung eines Schiffes angeklagt. Den Vorfall führt Landgerichtsdirektor Heller. Die Anklage vertritt erster Staatsanwalt Gerlach, während als Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Hamburger fungiert. Insgesamt sind gegen 30 Reugen geladen.

Als Vertreter der Hinterbliebenen machte Rechtsanwalt Fischerhach 40 000 M. Kapitalstockanspruch geltend. Dazu kommen annähernd 100 000 M. Jahresrenten. Es kommen ca. 21 Geschädigte in Frage. Das Urteil wird insofern interessant sein, als von ihm die zivilrechtlichen Ansprüche aus dem Binnen-Schiffahrtsgesetz oder aus dem BGB. hergeleitet werden.

Der erst im Jahre 1897 geborene Angeklagte Riehmann ist nicht im Besitz eines Führerpapieres. Der Angeklagte hat auch nicht einmal die Erlaubnis zur Führung eines Schiffes gehabt, sondern er war nur als Steuermann verpflichtet. Der Antrag der Sterngesellschaft, daß nach der Hauptaktion auch andere Bedienungsbeamten als Schiffsführer verwendet werden können, wurde vom Wasserbauamt genehmigt. Der Dampfer „Kaiser Wilhelm“ war von dem Potsdamer Dampfschiffbauamt gemietet. Schon am Vormittag des Unglückstages soll an Bord eine sehr mobile Stimmung geherrscht haben. Bereits um 11 Uhr vormittags wurden Flaschen und Gläser geschwungen. Daran soll sich auch die Schiffbesatzung beteiligt haben.

Die Verhandlung, über deren Verlauf wir kurz berichten werden, wurde bis Dienstag ausgesetzt.

Elternbeiratswahlen. Auskunft über Elternbeiratswahl-Angelegenheiten wird jeden Tag von 5-8 Uhr in der Arbeiterbildungsschule, Breitestr. 8/9, von Mitgliedern des Aktions-Ausschusses erteilt.

Genosse H. Bleier, der mutige Vorkämpfer für Völkerverständigung und Weltfrieden, sprach am Dienstag, den 16. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in der Leibniz-Oberrealschule, Charlottenburg, Schillerstr. 126/127 (nahe Knie), über „Vaterland und Menschheit“. — Genossinnen und Genossen erhebt in Massen.

Freih. Bruns, der langjährige Hauptkassierer des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, ist im Alter von 61 Jahren einem Schlaganfall erlegen. 22 Jahre führte der Verordnete die Kassengeschäfte des Fabrikarbeiterverbandes und war ein Vorbild für Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit.

Neue Nebengebühren im Expreßgutverkehr. Die Nebengebühren im Expreßgutverkehr wurden am 1. Mai erhöht. Es kostet die Zeichnung der Expreßgüter 2,00 M., eine Benachrichtigung durch einen Boten der Eisenbahn bis zu 2 Kilometer vom Stationsgebäude 5 M., darüber jeder angefangene Kilometer 2,50 M., durch die Post das Postgeld und 20 Pf., durch den Fernsprecher dessen Gebühr und 50 Pf. Die Aufklärung der Anweisung des Abenders, das Gut dem Empfänger nochmals anzubieten, 12 M., andere Anweisungen 20 M. — Die Postgebühr für ein Stücken beträgt jetzt 50 M. für alle Entfernungen.

Die Reußländer Schulambulanz behandelte im letzten Berichtsjahr (Januar/März) 1927 4069 Knaben und 4308 Mädchen, zusammen 7900 Kinder. Hiervon waren neu aufgenommen 2008 Schüler, Schülerinnen und Kleinkinder. Von zahnärztlichen Leistungen ergriffte sich der größte Teil auf Einlagen, Füllungen, Wurzelbehandlungen und Extraktionen der Milchzähne. Ingesamt wurden 12 296 verschiedene Behandlungen ausgeführt.

Angeschossen und anderauß wurden von Landrätern zudern zwischen Weihenstephan und Malsow der Ministerialratmann Heinrich Pauli und der Student Eugen Stehlie. Als die Ueberfallenen sich zur Wehr setzen wollten, haben die Räuber eine Anzahl Schüsse ab, durch die Pauli am Oberschenkel verletzt wurde. Derselben Männer fielen später auch den Arbeiter Heinrich Schulz an. Als die Schusswaffe verlor, zogen die Stroche unbedeutend davon. Sie waren gut gekleidet und ungefähr 1,60 bis 1,61 m groß.

M. SCHULMEISTER
Kollbuser Tor
Herrenanzüge M. 1575-3500
Herrenschlupfer M. 1450-3000
Regenmäntel

